

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Innenpolitik

Peter Lehnert zum Kommunalbericht des Rechnungshofes: Große Koalition bei der Verwaltungsstrukturreform auf dem richtigen Weg

Zum heute vorgelegten Kommunalbericht des Landesrechnungshofes erklärt der Innenpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion, Peter Lehnert:

„Der Kommunalbericht des Landesrechnungshofes bestätigt, dass die Große Koalition mit der eingeleiteten Verwaltungsstrukturreform auf dem richtigen Weg ist“. Die Feststellung des unabhängigen Landesrechnungshofes, mit der geplanten Reform würden seine Forderungen erfüllt, schaffe die notwendige Akzeptanz für diesen Weg bei Bürgern und Kommunen.

Der Rechnungshof mache in seinem Bericht deutlich, dass die Kommunen es mit einer starken Eigeninitiative selbst in der Hand hätten, nun den Inhalt, die Ausrichtung und den Umfang etwaiger gesetzgeberischer Maßnahmen maßgeblich mitzugestalten. "Wir sind der festen Überzeugung, dass die Kommunen diese Chance in der nächsten Phase nutzen werden, denn vor Ort wissen die Menschen am besten, was zu tun ist", so Lehnert.

Der Bericht mache darüber hinaus besonders deutlich, dass weiterhin eine umfassende Aufgabenkritik auf allen Ebenen erforderlich sei. Die Erkenntnisse aus der abzuschließenden Aufgabenkritik bildeten die Grundlage für eine erfolgreiche Verwaltungsstrukturreform. Die neuen Verwaltungsstrukturen würden angesichts der dramatischen Situation der Haushalte auf allen Ebenen nur dann die erforderliche Entlastung bringen können, wenn nicht nur Doppelstrukturen sondern auch Aufgaben ganz wegfallen: "Man muss wissen, was man will, bevor man neue Strukturen schafft", so Lehnert.

Die Kommunen hätten nun zunächst die Möglichkeit, eigene Vorschläge zu entwickeln. Diese Zeit müsse den Kommunen auch eingeräumt werden. "Von oben verordnete Schnellschüsse wären jetzt kontraproduktiv", stellt Lehnert fest. "Nach dieser Phase werden wir – wie vom Rechnungshof gefordert - selbstverständlich ein Gesetzgebungsverfahren einleiten."